

Beschlussvorlage

Drucksachen Nr.: BV/VII/0105 Beschlussdatum: 10.12.20

Beschluss-Nr.: STV 12/11/2020

Gegenstand: Majorel Servicecenter am Standort Neubrandenburg erhalten

Behandlung: öffentlich

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Beratung	Sitzungs- datum	Abstimmungsergebnis				Pomorkungon
		Ja	Nein	Enth.	Bef.	- Bemerkungen
Stadtvertretung	10.12.20	42				beschlossen

Neubrandenburg, 26.11.20

gez. Toni Jaschinski Fraktionsvorsitzender Fraktion DIE LINKE

Beschlussvorschlag:

Auf der Grundlage des § 22 Abs. 2 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) wird durch die Stadtvertretung Neubrandenburg nachfolgender Beschluss gefasst:

Die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg ist seit vielen Jahren ein wichtiger Standort für Servicecenter verschiedenster Unternehmen. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit waren derartige Arbeitsplätze für viele Beschäftigte oft die einzige Chance auf einen Verbleib und eine berufliche Perspektive in der Heimat. Die Stadtvertretung solidarisiert sich mit den Beschäftigten des Majorel Servicecenters und bittet den Oberbürgermeister im Zusammenwirken mit der Geschäftsführung, dem Wirtschaftsministerium des Landes und dem Betriebsrat alle Möglichkeiten zu erörtern und zu nutzen, die dazu geeignet sind, den Neubrandenburger Standort mit möglichst vielen Arbeitsplätzen zu erhalten.

Finanzielle Auswirkun	gen:
keine	
Klimarelevanz:	
Auswirkungen auf den Klimaschutz:	ja, positiv* ja, negativ* x nein
*Erläuterung:	

Begründung:

Majorel ist ein Anbieter von Servicecenter Leistungen und hat seinen Neubrandenburger Sitz derzeit auf dem Datzeberg beim Nordkurier. Am Standort sind aktuell **442 Beschäftigte** (426 Majorel Mitarbeiter und 16 Leih und Zeitmitarbeiter) beschäftigt. Das Verhältnis Männer/ Frauen liegt bei 175 Männer / 251 Frauen. Die Anzahl der Schwerbehinderten Mitarbeiter liegt bei 22% / 94 Beschäftigte.

Die Belegschaft setzt sich aus ehemaligen Beschäftigten der Deutschen Telekom sowie von Tochterunternehmen der Bertelsmann Gruppe, wie AVARTO zusammen. Vor Ort werden Dienstleistungen für die Deutsche Telekom, die Deutsche Bank, die Signal Iduna und UPC erbracht. Einen Tarifvertrag gibt es nicht, die Grundvergütung der Kundenberater/innen gesetzlichen Mindestlohn. Die Geschäftsleitung entspricht dem begründet das Schließungsvorhaben zum Ende des Jahres 2021 mit einem defizitären Ergebnis und dem Ende eines der genannten Dienstleistungsverträge. Nach Angaben des Betriebsrates muss dies jedoch nicht zwangsläufig die Schließung des Standortes nach sich ziehen. Drei von vier Dienstleistungsverträgen würden wirtschaftlich bearbeitet und könnten weiterbetrieben werden. Folglich wäre ein sozialverträglich gestalteter Arbeitsplatzabbau bei Erhalt des Standortes das Ziel. Dafür ist auch öffentliches Interesse und die Unterstützung der Politik erforderlich.